

cherheitsdienst eingelassen haben. Sofern sie ihre geheimen Kontakte nicht aus Opportunismus oder um eigener Vorteile willen gepflegt haben, sind sie eher das Opfer einer Kirchenleitungspraxis, die sich emanzipierte von der theologischen Reflexion an dieser Stelle.

Das Problem kirchlicher Sicherheitskontakte war deren Personalisierung, ja Privatisierung.

Die evangelische Kirche hat das Zwielicht, in das durch das mehr oder weniger oder gar nicht nachvollziehbare Agieren einzelner kirchenleitender Personen nun die ganze Kirche geraten ist, mutig und ohne Larmoyanz aufzuklären. Dazu gehört allerdings, alle Quellen zur Geltung zu bringen, also zum Beispiel auch die Akten über die Operativvorgänge, die Personen betreffen, über die zugleich IM-Akten vorliegen. Nur dann kann es zu angemessener Beurteilung des Verhaltens einzelner Personen kommen. Und dazu gehört ebenfalls eine Hermeneutik der Quellen, die den unterschiedlichen Wahrheitswert der Akten zu reflektieren hat. Es gibt genug Hinweise darauf, daß auch der Staatssicherheitsdienst ein Unternehmen war, das Erfolg melden mußte und deshalb Mißerfolge gern umdefinierte. Vollzieht die Kirche vorbehaltlos solche Aufklärungen im Lichte des Evangeliums, dann wird mit ihren Schwächen ganz von selbst auch ihre eigentliche Stärke offenbar. Halten wir fest, meine Damen und Herren: Die evangelische Kirche war auch im Sozialismus ein Ort, an dem man die Wahrheit sagen konnte. Weil sie dem Terror der Lüge, mit dem die sozialistische Diktatur ihren Totalitätsanspruch durchzusetzen versuchte, trotz aller unverkennbaren Schwächenanfalle und Aporien immer wieder den Mut zur Wahrheit entgegengesetzt hat, kann von einer sozialistischen Gleichschaltung oder auch nur Anpassung der Kirche keine Rede sein. Gewiß, es gab bedenkliche, ja verwerfliche Kooperationen kirchlicher Funktionäre mit dem Staatssicherheitsdienst. Es gab aber keine babylonische Gefangenschaft der Kirche im Sozialismus. Die Bindung an die befreiende Wahrheit des Evangeliums war stärker, Gott sei Dank! (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Wir danken Herrn Professor Jüngel und haben noch ein paar Minuten Zeit, um an den Referenten Fragen zu stellen. Die erste Frage stellt Herr Kollege Müller.

Abg. Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Prof. Jüngel, ich habe drei Fragen, wozu ich eine Ergänzung haben möchte:

1. Ich hatte Probleme mit Ihrer Darstellung, daß man nach den Erfahrungen des Dritten Reiches mit dem Begriff „Kirche im Sozialismus“ durchaus einen Schritt auf die sozialistische/kommunistische Bewegung zu machte. Wie konnte man das theologisch verarbeiten? Die SED war ja keine Partei, die die Kirche duldete oder nicht duldete oder nicht zur Kenntnis nahm. Sie war eine Partei, die militant atheistisch in ihrer Ideologie war, also von vornherein ein Gegner jeglicher Kirche sein mußte.
2. Weiter würde mich interessieren: Sie sagen in Ihrer These 1.6: Die

zunehmende Privilegierung der Kirche im Sozialismus durch die Ökumene spielte eine Rolle. Gibt es hier Erkenntnisse über ein Zusammenspiel, auch über die Grenzen der DDR hinaus, mit sozialistischen Ländern, wo es – denken Sie an Prag, Christliche Friedenskonferenz und so weiter – auch von anderen kommunistischen Staatssicherheitsdiensten inspirierte und geleitete Agenten innerhalb des kirchlichen Netzwerkes gab? Gibt es hier ein Zusammenspiel von Ost nach West? Gab es auch in den westlichen Kirchen Leute, die über den Staatssicherheitsdienst, andere Einrichtungen, auch aus anderen Ländern, ein gemeinsames Ziel verfolgten, sich sozusagen die Bälle zuspitzten?

3. Sie sprachen davon, daß eine staatliche Besoldung immer abgelehnt wurde. Sie haben zugleich erwähnt, daß die Finanzierung aus der alten Bundesrepublik auch über die verschiedenen Kirchengeschäfte – da haben wir gerade einiges in den Zeitungen gelesen – gelaufen ist. Wie war das eigentlich nach dem 9. November 1989? Nach meiner Information liefen solche Geschäfte noch im Frühjahr 1990. Es wurden insgesamt 90 Mio. DM damals bezahlt. Wie konnte man das erklären, wie konnte man das begründen, nachdem eine ganz andere Situation entstanden war? Mich würde in dem Zusammenhang auch interessieren, inwieweit – und Sie haben es ja selbst erwähnt – Kreise in der Bundesrepublik (alt), vor allem innerhalb der Kirche, daran mitwirkten, die Rolle derjenigen in der Kirche der DDR zu konterkarieren, die bereit waren, ihre Kirchen gegenüber Widerstandsgruppen usw. zu öffnen. Konkret gesagt: Gab es Leute in den westlichen Kirchen, in der Bundesrepublik (alt), die hier eher bereit waren, im Sinne des Staatssicherheitsdienstes auf die evangelische Kirche in der DDR (alt) einzuwirken, die Kirchen nicht gegenüber Widerstandsgruppen zu öffnen?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Danke. Ich habe im Augenblick neun Fragensteller auf meiner Liste. Ich bitte darum, daß jeder einzelne Fragende versucht, in drei Minuten seine Fragen abgeschlossen zu haben. Herr Professor Weber bitte.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Ich habe zwei Fragen: Ist nach Ihrer Einschätzung die Haltung der Kirche oder die Distanz der Kirche zum SED-Staat stärker beeinflußt gewesen von der Tatsache, daß wir es mit einem atheistischen Staat zu tun hatten oder von der Tatsache, daß es eine politische Diktatur war? Ist da in den verschiedenen Phasen, die Sie aufgezeigt haben, auch eine unterschiedliche Einschätzung möglich?

Die zweite Frage: Sie haben in Ihrer These 6.4. das Thema „real existierender Sozialismus“ oder „Legitimation eines demokratischen Sozialismus“ genannt. Ohne der heute abend stattfindenden Diskussion vorgreifen zu wollen, würde mich interessieren, ob an der Spitze der Kirche diese Unterschiede überhaupt

ein Diskussionspunkt gewesen sind, ob man sich in irgendeiner Form darüber verständigt hat.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Nächster Frager, Markus Meckel bitte.

Abg. Meckel (SPD): Meine Frage bezieht sich auf die theologische Auseinandersetzung mit Demokratieverständnis und Gesellschaft. Sie haben die Positionen von Otto Dibelius und die dezidierten Gegenpositionen in der evangelischen Kirche dann beschrieben, ohne daß diese Anpassung an den Staat sein mußten. Sie hatten bis in die zweite Hälfte der sechziger Jahre als DDR-Bürger – nach dem Paß noch länger, aber faktisch dann als Bürger im Westen Deutschlands – viele Kontakte in die DDR. Welche Rolle hat diese Frage, ob es nötig wäre, sich vom Evangelium her auch in grundsätzlicher Weise mit diesem Staat als System auseinanderzusetzen, für Sie gespielt? In der DDR war diese grundsätzliche Frage dann ja erst in den Texten der Ökumenischen Versammlung ein Thema, auch wenn vorher in einzelnen Politik- und Gesellschaftsbereichen sehr viel Kritik geübt wurde. Wie haben Sie das damals gesehen, und welcher Art waren Ihre Kontakte und Gespräche in dieser Frage? Denn auch in der theologischen Ausbildung hat diese Frage als eine grundsätzliche Auseinandersetzung, jedenfalls seit Mitte der siebziger Jahre – oder auch schon vorher –, kaum eine Rolle gespielt.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Frau Kollegin Wisniewski bitte.

Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski (CDU/CSU): Vielen Dank für diesen wirklich spannenden historischen Abriß. Ich habe noch nicht verstanden, wie es möglich war, daß – was in Ihrer These 6.13. beschrieben ist – durch den Rückgriff auf das Darmstädter Wort die Bischöfe der evangelischen Landeskirchen 1968 gegenüber dem Staatsratsvorsitzenden die Erklärung abgaben, es sei Aufgabe der Christen, den Sozialismus als eine Gestalt gerechteren Zusammenlebens zu verwirklichen, sozusagen eine offizielle Erklärung. Dann kommt nachher diese Entwicklung, auf die Sie hier eingegangen sind: „Die Wahrheit wird euch frei machen“, die dazu führte, daß die Wahrheit der „eigentliche Klassenfeind“ der sozialistischen Diktatur war. Meine Frage zielt darauf: Wie konnte denn damals – jetzt abgesehen von dem atheistischen Element, auf das schon hingewiesen wurde – bei den unterschiedlichen anthropologischen Vorstellungen der christlichen Kirchen und des Sozialismus diese Aussage Ihrer These 6.13. getroffen werden? Ist es so, daß es nachher einzelne Pastoren waren, die eine Änderung der offiziellen Haltung der Kirche herbeiführten, oder wie muß man das sehen?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Kollege Dehnel bitte.

Abg. Dehnel (CDU/CSU): Ich möchte mich auch für den hervorragenden Vortrag bedanken. Ich habe das in ähnlicher Weise selbst erleben können. Ich bin selbst nur konfirmiert (1959) worden und habe dann das Abitur und das Studium in der Abendschule gemacht. Meine Frage geht dahin: Inwieweit konnte die Kirche damals in der DDR mehr Einfluß nehmen gegenüber

Jugendweihe und Konfirmation. Ich meine die Entscheidung in der Familie: Muß mein Kind aufgrund seiner späteren Karriere unbedingt die Jugendweihe machen, oder kann es sich dazu bekennen, nur konfirmiert zu werden? Wir wissen alle, daß es einen Verfassungsbruch darstellte, daß welche nicht zum Abitur oder zum Studium gelassen wurden, weil sie keine Jugendweihe hatten. Ich weiß von vielen christlichen Freunden, die besonders darunter gelitten haben, daß die Kirchenführung sich nicht stärker dafür eingesetzt hat, daß Nur-Konfirmierte mehr Rechte besaßen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Kollege Hilsberg bitte und dann Herr Kollege Weisskirchen.

Abg. Hilsberg (SPD): Herr Prof. Jüngel, ist sich die Kirche eigentlich darüber bewußt gewesen, in welchem großen Maße in der DDR die Mitgliedszahlen der Volkskirche, der evangelischen Kirche, geschwunden sind, obwohl die Möglichkeit eingeräumt wurde, in den Neubaugebieten Kirchen neu zu bauen, Gemeindezentren zu bauen? Hat das dem Trend überhaupt keinen Abbruch getan? Die Kirche in der DDR ist mitgliedermäßig viel kleiner als vergleichsweise die Kirche in der alten Bundesrepublik. Wenn man die Leute damals fragte, und das war ja unser eigener Lebensraum, stellte man fest, daß hier ein Glaubwürdigkeitsproblem in großem Maße hergestellt wurde. Es wurde von Privilegien gesprochen. Ist sich die Kirche hier darüber im klaren gewesen, daß diese Kontakte in Richtung Staat sie in Mithaftung gebracht haben? Dieses schöne Wort „das System wechselseitiger Stabilisierung“, das Sie von Herrn Falcke zitieren, könnte ja auch die Folge gehabt haben, daß die Kirche in den Sog, in den der Staat zunehmend geriet, mit hineingezogen wurde.

Sie sagten, die Kirche sei die einzige Gegenöffentlichkeit in der DDR gewesen. Ich würde das vorsichtig bestreiten. Mein Eindruck ist nämlich, daß sich innerhalb der Kirche eine zweite Gegenöffentlichkeit entwickelt hat, die auch die Möglichkeit hatte, dieses laut und deutlich kundzutun. Diese trieb dann zunehmend aus dem Bereich der Kirche hinaus, nahm eigene politische Aktivität an und zeigte sie auch. Die hat in Wahrheit im Raum der Kirche, von einem eigenen protestantischen Selbstverständnis her, ganz andere Schritte in Richtung auf eine politische Aktivität unternommen. Die war selbständig, und die muß man auch als selbständig sehen im Gegensatz zur Öffentlichkeit, die in der Kirche ansonsten statthätte.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Kollege Weisskirchen bitte.

Abg. Prof. Weisskirchen (SPD): Herr Prof. Jüngel, ich möchte indirekt meinem Kollegen Hilsberg „vorsichtig“ widersprechen. Weil es zum Beispiel für jemanden wie mich nur eine Chance gegeben hat, in die DDR zu kommen, nämlich dadurch, daß die Kirche es möglich gemacht oder jedenfalls geholfen hat. Wir als Kritische aus dem Westen konnten nur diese Chance nutzen, zu

bekannten Gruppen innerhalb der Kirche und am Rande der Kirche zu gehen. Insofern also ein leichter und vorsichtiger Widerspruch.

Die Frage ist, ob Sie die Auffassung teilen, daß der Konziliare Prozeß mitgeholfen hat, die Instabilisierung der DDR mit voranzutreiben, indem die Wahrheit im konziliaren Prozeß gegenüber der Gesellschaft in einer sehr ambivalenten Weise ausgesprochen werden konnte: Indem man nämlich auf der einen Seite an dem utopischen Ziel eines verbesserlichen Sozialismus festgehalten hat, aber dann in der Realität, in der offenen Debatte und in der Verknüpfung – nicht nur der kritischen Debatte in der ehemaligen DDR, sondern auch in der Debatte mit anderen kritischen Gruppierungen des Westens und im Westen – doch ein kritisches Potential wachsen konnte. Ich frage, ob Sie diese Interpretation für zulässig erklären könnten?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Mir liegen noch vier Wortmeldungen vor. Darf ich davon ausgehen, daß wir für diesen Vortrag die Namensliste schließen können? Danke schön. Herr Prof. Fischer bitte.

Sv. Prof. Dr. Alexander Fischer: Eine Anmerkung, Herr Kollege Jüngel, und zwei Fragen: Die Anmerkung bezieht sich auf Ihre Unterscheidung zwischen den beiden Richtungen, die Sie mit den Namen Dibelius und Hamel charakterisiert haben. Ich möchte als Zeitzeuge aus dem Bereich der Mitarbeiterschaft der sächsischen Landeskirche der damaligen Zeit anmerken, daß wir diese Unterscheidungen, das werden Sie wahrscheinlich auch aus Ihren eigenen Erfahrungen so sehen, in den Anfängen der fünfziger Jahre nicht gemacht haben. Für uns waren beide Autoritäten für unsere Haltung gegen SED und DDR. Das war wichtig! Es ist mir eigentlich nicht mehr in Erinnerung, daß damals über Unterschiede diskutiert worden wäre. Hamel hat vielleicht insofern eine gewisse stärkere Position gehabt, weil er damals verhaftet war und in unsere Gebete sehr viel stärker einbezogen wurde, als das bei Dibelius der Fall gewesen ist.

Zu den Fragen: Sie haben fünf Strömungen und fünf Namen dazu genannt. Ich weiß, daß Sie abkürzen mußten, möchte aber noch einmal nachfragen. Müßte hier nicht auch die Strömung von Dompfarrer Karl Kleinschmidt in Schwerin erwähnt werden, also die der sogenannten Friedenspfarrer? Meine Frage: Welche Bedeutung messen Sie eigentlich dieser Richtung bei? Eine weitere Strömung möchte ich charakterisieren mit dem Namen Emil Fuchs. Ich meine konkret die theologischen Fakultäten. Hier sträubt sich ein bißchen meine Empfindung, wenn Sie von einer gewissen Unabhängigkeit der evangelischen Kirche sprechen. Ich stimme Ihnen im Prinzip zu, aber was die theologischen Fakultäten angeht, möchte ich nachfragen, ob das nicht sehr viel kritischer gesehen werden muß, wenn ich etwa an die Berufungsvorgänge um die Nachfolge von Franz Lau in Leipzig denke – Stichwort Kurt Meier! Was da ablief, war ja wohl nicht mehr unabhängig, sondern ist massiv beeinflusst

worden, wohl zum Teil von unserem Freund Walter Ulbricht selbst. Aber vielleicht können Sie das im einzelnen noch einmal kurz darlegen.

Eine letzte Frage, Herr Jüngel, unter dem Eindruck – ich bin kein Fachmann, aber ein interessierter Laie in diesen theologischen und kirchengeschichtlichen Fragen – eines Kolloquiumsbandes von Trutz Rendtorff über eine Tagung 1992 in München zur Problematik der DDR-Kirchen: Hier ist ein Stichwort behandelt worden, nämlich das Stichwort der Sozialismusaffinität. Ich würde den Begriff der Kapitalismuskritik hinzufügen. Mir stellt sich die Frage, und ich wäre dankbar für eine Antwort aus Ihrer Kenntnis, inwieweit diese beiden Kriterien eine Rolle gespielt haben auch für die Definition, für die interne Definition der einen oder anderen Richtung, die Sie genannt haben, in der DDR, im Blick auf dieses Stichwort „Kirche im Sozialismus“. Ist hier nicht aus bestimmten Richtungen eine sehr viel stärkere Affinität zu diesem Sozialismusmodell existent gewesen, als wir das vielleicht jetzt im nachhinein noch wahrhaben wollen? Übrigens auch als ein Problem im Blick auf den derzeitigen Vereinigungsprozeß und seine Schwierigkeiten.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Prof. Fischer, es reizt mich, nachher in der Pause mit Ihnen zu klären, wen sie mit „uns“ meinten, als Sie von unserem Freund Walter Ulbricht sprachen. Meiner, das möchte ich hier gleich erklären, ist das nicht gewesen. (Zwischenruf Prof. Dr. Fischer: Das war doch unser aller Freund.) Ach so. Der nächste, der das Wort hat, ist Martin Gutzeit.

Sv. Martin Gutzeit: Ich möchte noch einmal auf dieses spezifische Staat-Kirche-Verhältnis zu sprechen kommen. Gerade diese Wendung, also diese Formel Staat-Kirche-Verhältnis, war für uns, jedenfalls in den achtziger Jahren eine schwierige Konstellation. Meine Frage: Sehen Sie in der theologischen Tradition der evangelischen Kirchen vielleicht einen Ansatzpunkt dafür, daß sich von hier ein besonderes Verhältnis zwischen führenden Kirchenleuten und dem Staat herleitet? Ein besonderes Verhältnis innerhalb der Entwicklung der Moderne, wo man nicht nur von Staat und Kirche, sondern vielleicht erst einmal von Staat und Gesellschaft zu reden hat, und wo so eine Sonderrolle der Kirche gar nicht vorkommt. Ließen sich eventuell aus so einer unaufgearbeiteten Geschichte der Moderne auch gewisse Fehlverhaltensweisen ableiten wie ein in gewisser Weise konspiratives, nichtöffentliches Verhandeln mit staatlichen Vertretern?

Zum zweiten habe ich gewisse Schwierigkeiten mit Ihrem Satz, daß jene verwerflichen Kontakte einzelner, von denen Sie sagen, sie seien zu einer Zusammenarbeit mit dem MfS erpreßt worden, die Kirche nicht selber zu verantworten hat. Gewiß muß man einzelne Schuld aufweisen, weil das ja nicht unbedingt erlaubt gewesen ist, das ist klar. Aber hat sich hier nicht die Kirche zu fragen, inwiefern gerade kirchenleitende Vertreter in ihrem eigenen Verhalten, das eben gewisse Gespräche nicht in der nötigen Form

offenlegte, die Erlaubnis für andere durchschimmern ließen, weitergehende und tatsächlich verwerfliche Handlungen zu begehen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Vorletzter Frager, Herr Dr. Faulenbach, bitte.

Sv. Dr. Bernd Faulenbach: Uns interessieren in besonderer Weise die Fragen der politischen Rolle der evangelischen Kirche. Diese politische Rolle der Kirche in der SBZ/DDR war immer eine, die auch bestimmt war durch das Verhältnis zur Bundesrepublik, eben nicht nur zur DDR. Deshalb etwas allgemein noch einmal gefragt: Hat aus Ihrer Sicht die evangelische Kirche der SBZ/DDR eine eigenständige deutschlandpolitische Rolle in den verschiedenen Phasen gespielt? – Sie haben, bezogen auf die fünfziger Jahre, die Probleme im Zusammenhang mit der Westintegrationspolitik und Wiederaufrüstungspolitik angesprochen, den Militärseelsorgevertrag – inwieweit können Sie so etwas, wie den Versuch der Formulierung einer eigenen deutschlandpolitischen Konzeption im Bereich der evangelischen Kirche erkennen, oder war sie weitgehend gleichsam Reflex der Politik, insbesondere in der alten Bundesrepublik?

Zweiter Unterpunkt in dem Zusammenhang: Die Entspannungspolitik in Deutschland ist in besonderer Weise durch die Kirchen gefördert worden. Gibt es aus Ihrer Sicht einen eigenen Beitrag der evangelischen Kirchen in Deutschland, insbesondere auch der evangelischen Kirchen in der DDR, zur Formulierung dieser Entspannungspolitik?

Letzter Unterpunkt zu diesem Fragenkomplex: Inwieweit war diese deutschlandpolitische Rolle der evangelischen Kirche aus Ihrer Sicht politisch begründet? Inwieweit war sie kirchenpolitisch begründet, und wieweit war sie theologisch begründet? Vielleicht könnten Sie einmal eine Einschätzung vornehmen im Hinblick auf die Motivationsstrukturen, die hier vorlagen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Als letzter Superintendent Passauer, und dann bitte ich darum, daß Sie antworten, Herr Prof. Jüngel.

Sv. Superintendent Martin-Michael Passauer: Die Beantwortung der Fragen, Professor Jüngel, erfordert ja einen neuen Vortrag, denn Sie werden ja hier noch einmal in alle Bereiche hineingeschickt. Vielleicht delegieren Sie in der Ihnen eigenen Weise bestimmte Fragen an Menschen, die sich noch einmal zu Kirche und MfS oder zu Kirche und Ökumene äußern, so daß Sie da jetzt nicht im Detail zu referieren brauchen. Ich will jetzt Ihre Antwort nicht noch verlängern, dennoch liegt mir noch einmal daran, daß Sie uns vielleicht eine Unterscheidung verdeutlichen und uns helfen, zu differenzieren. Wir reden ja sehr ungebrochen von „der Kirche“ und assoziieren dabei Unterschiedliches. Sie haben in Ihrer These 8.1. auf Seite 4 geschrieben: „Das Evangelium macht die Kirche zum Ort der Wahrheit.“ Da ist die Kirche wieder in ganz anderer Weise beschrieben, als wenn wir von der Kirche als der Institution oder der Leitung der Kirche sprechen. Ob Sie uns vielleicht auch bei unserer

Aufarbeitung des Themenfeldes „Kirche“ noch einmal mit einer nicht nur soziologischen, sondern theologischen Struktur des Begriffes „Kirche“ aus Ihrer Sicht helfen, damit wir jeweils wissen, wovon wir reden, wenn wir von Kirche reden?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich hoffe, daß Sie das alles in gut zehn Minuten packen können, Herr Professor. (Heiterkeit)

Prof. Dr. Eberhard Jüngel D.D.: Das kann ich nicht, ich bin nicht der Heilige Geist. Ich stehe also vor der Alternative, einige Fragen einfach nicht zu beantworten. Sie brechen meine Antwort ab, wenn die Zeit um ist. Ich gehe gleich von der letzten gestellten Frage aus, weil die ja für das Ganze wichtig ist.

Was meinte eigentlich der Ausdruck „Kirche“, wenn er als Singularetantum gebraucht wird, im Unterschied zu den vielen Landeskirchen zum Beispiel, aber auch zu den Ortsgemeinden. Das ist gut, daß man sich das klarmacht. Die reformatorische Theologie unterscheidet zwischen Kirche im eigentlichen und wesentlichen Sinne, die Confessio Augustana hat das so definiert: *Est autem ecclesia congregatio sanctorum, in qua evangelium pure docetur et recte administrantur sacramenta.* Es ist die Kirche diejenige Versammlung der Gläubigen, in der das Evangelium rein verkündigt und die Sakramente recht verwaltet werden. Diese Kirche ist unsichtbar. Die kann man als solche nicht verifizieren. Das kann nur jeder einzelne, indem er „Amen“ dazu sagt, wenn das Evangelium rein verkündigt wird, und wenn er die Sakramente genießt. Aber diese unsichtbare Kirche drängt ständig in die Sichtbarkeit, und indem sie das tut, differenziert sie sich sofort in verschiedene institutionelle Gestalten. Diese institutionellen Gestalten sind auf ihr eigenes Wesen, also auf die unsichtbare Kirche so bezogen, daß sie sich ständig in einem Streit um die Wahrheit der Reinheit des Evangeliums befinden, so daß hier eine ständige Spannung existiert zwischen der sichtbaren, institutionellen, vielgestaltigen, ja sogar pluralistisch verfaßten Kirche und dem, was diese Kirche zur Kirche macht, also ihrem Wesen. Das muß man vor Augen haben. Wenn man von der Kirche als Singularetantum spricht, dann ist in der Regel diese unsichtbare Kirche gemeint, die sichtbar werden will und sichtbar wird in den institutionellen Gestalten, dort aber auch sofort kritisierbar und angreifbar wird.

Nun versuche ich, an den übrigen Fragen entlangzugehen, so schnell ich kann. Die „Kirche im Sozialismus“ ist eine Wendung, die durch das Darmstädter Wort vorbereitet worden ist. Es wurde gefragt, ob die SED nicht durch ihr atheistisches Selbstverständnis den Begriff „Sozialismus“ derart diskreditiert hat, daß er für die Kirche eigentlich nur mit einem „pfui Teufel“ zitiert werden kann. Nun, hier ist es einfach notwendig zu differenzieren. Der Begriff „Sozialismus“ impliziert nicht notwendig die Selbstverpflichtung auf den Atheismus. Es gibt eine ganze Fülle von Gesichtspunkten, die unter

dem Begriff „Sozialismus“ zusammenzufassen sind, die mit der atheistischen Weltanschauung des Marxismus nicht identisch sind. Dessen muß man sich erinnern. Es ist einfach unsachlich, wenn man heute unter „Sozialismus“ immer den militanten Atheismus mit versteht und deshalb vorschreibt, daß der Ausdruck nicht mehr gebraucht werden darf. Wenn es so wäre, hätte die Christlich-Demokratische Union 1945 nicht den Sozialismus auf ihre Fahnen geschrieben.

Die ökumenische Privilegierung der Kirche im Sozialismus wurde angefragt. In der Tat, die hat es gegeben, und zwar nicht nur bei der Prager Friedenskonferenz, die ja ein Fall sui generis ist, und die zum Beispiel von der Kirchenleitung der Kirchen der DDR überhaupt nicht gedeckt wurde, sondern die hat es auch gegeben bei der Genfer Ökumene. Es ist noch der Untersuchung wert, das alles genau zu eruieren. Sie müssen bedenken, daß in der Genfer Ökumene die russisch-orthodoxe Kirche massiv präsent ist, und daß immer, wenn – es wurde ja vorhin schon angesprochen von Herrn Eppelmann – Mißstände im Osten in Genf zur Sprache gebracht wurden, die Russisch-Orthodoxen Vertreter mit ihrem Auszug gedroht haben. Das hat zu einer eigenen Genfer Diplomatie geführt, die zu meinem eigenen Entsetzen eben so endete, daß man alle Mißstände im Westen, in Südafrika, in Südamerika und natürlich auch im eigenen Land heftig kritisierte und im Blick auf den Osten weitgehend stumm war. Das hat dann durchgeschlagen, insbesondere auf Theologiestudenten. In Tübingen konnte man im Staatsexamen sein eigenes Thema wählen. Ich saß einer Kandidatin gegenüber – Welches ist ihr Thema? Antwort: Theologie der Revolution. Ja, wo hat die ihren Sitz im Leben? In Südafrika. Ja, wo noch? In Südamerika. Wo könnte sie noch ihren Sitz im Leben haben? Ich habe doch schon gesagt, Südamerika. Ich sage, was liegt 300 km östlich von Tübingen? Entsetztes Anblicken des Prüfers. (Heiterkeit)

Diese Sache bedarf der Untersuchung, und ich wünschte mir, daß die UNO eine Enquete-Kommission dieser Art gründen würde. (Heiterkeit und Beifall)

Zur Besoldung: Auch nach dem 9. November, wurde mir eben mitgeteilt, hätte es noch Geldzuwendungen gegeben. Ich habe nicht ganz verstanden, ob an den Staat oder an die Kirchen. An die Kirchen, verehrte Damen und Herren, gibt es heute noch massive Geldzuwendungen, und zwar der westdeutschen Landeskirchen an die ostdeutschen, und das ist auch gut so. Wir schränken unsere Haushaltspläne zur Zeit in den westdeutschen Landeskirchen ein, damit unsere ostdeutschen Landeskirchen auf diese Weise subventioniert werden und jetzt zunächst einmal wichtige Aufbauarbeiten leisten können. Dagegen, finde ich, ist nichts einzuwenden, sondern das ist zu begrüßen.

Herr Weber fragte, ob stärker der Atheismus oder die Diktatur bei der Haltung der Kirchen in der Wahrnehmung des Staates eine Rolle gespielt hat. Ich meine schon doch stärker die Diktatur. Der Atheismus dieser DDR ist ja ein

eigenartiges Gebilde gewesen. Vielleicht – ich will etwas sagen, was sicherlich nicht überall Zustimmung findet – war er das Ehrlichste an der ganzen DDR und verdient insofern auch einen gewissen Respekt. Man lese etwa einmal die Literatur der DDR, die auch systemkritisch, natürlich mit leisen Tönen, ist. Systemkritische Literatur, in der man oft auf einen erstaunlich ehrlichen Atheismus trifft. Ich kann nur aus meiner eigenen Wahrnehmungsweise sagen: Für die Kirchen war das Diktatorische an dem „real existierenden Sozialismus“ das viel Bedrängendere als der Atheismus. Mit dem konnte man sich ja einigermaßen sauber auseinandersetzen.

Zweitens: War die Unterscheidung zwischen „demokratischem Sozialismus“ und „diktatorischem Sozialismus“ an der Spitze der Kirche überhaupt ein Thema? Insofern die Kirchenleute mit dem Staat nicht nur verhandelten, sondern auch Gespräche führten, in denen man auf Verbesserungen drang, war das natürlich ein Thema, aber nicht so, daß man das aussprechen konnte: „Ihr seid ja Diktatoren, und wir wollen, daß Ihr Eure Diktatur schleunigst in eine Demokratie verwandelt.“ Dann wäre das Gespräch am Ende gewesen. Ich weiß nicht, wer von Ihnen solche Gespräche geführt hat. Aber sich allein in die Rolle solcher Gesprächslagen zu versetzen, ist hermeneutisch sehr hilfreich. Insofern, Herr Meckel, würde ich sagen, daß das natürlich in erster Linie ein Thema bei solchen Gruppen, wie Sie sie gebildet haben, im kirchlichen Untergrund war. An der Spitze war es implizit Thema, aber nicht explizit. Implizit war es gerade dadurch Thema, daß man auf Verbesserungen zu dringen versuchte. Dazu bedurfte es einer Psychologie der Gesprächsführung. Ich habe das in einer der Thesen formuliert. Es ist ein fast wörtliches Zitat aus einem Gespräch mit Bischof Krusche, der hier anwesend ist und Ihnen daher aus eigener Erfahrung Bericht geben kann. Man mußte Verbesserungen so vorschlagen, daß die Staatsvertreter sagen konnten: „Ach, das wollen wir ja eigentlich selbst.“ Das war die Kunst der Psychologie der Gesprächsführung.

Welche Rolle hatte die Aufgabe, sich mit dem Staat theologisch grundsätzlich auseinanderzusetzen, gespielt? An den kirchlichen Hochschulen kaum, da stimme ich Ihnen ganz zu, wir haben uns gehütet, das explizit zum Thema zu machen, denn dann wäre vielleicht unsere Freiheit eingeschränkt worden. Wir haben das in kleinen Kreisen getan, die Kirche hat das in ihren theologischen Ausschüssen getan. Die von mir zitierten zehn Artikel, an denen Herr Hamel maßgebend mitgewirkt hat, sind ein solcher Versuch. Und da konnte man nun lesen, was die Kirche zu diesem Thema sagt. Das konnte man so deutlich lesen, daß diese Thesen nie in der DDR gedruckt werden durften. Die existierten nur als graue Literatur. Im Westen wurden sie gedruckt, im Osten nicht. Im Osten wurden nur die Widerlegungen gedruckt. Auch das ist übrigens ein hochinteressanter Vorgang, daß man oft nur aus den Widerlegungen erfahren konnte, was eigentlich gesagt worden war. Ich weise aber darauf hin,

daß die theologische Kommission der EKU, deren Vorsitzender ich bin, unter damals leitender Mitarbeit von Herrn Schmude zu Barmen 5 eine ausführliche Ausarbeitung gemacht hat, wo genau dieses Thema des grundsätzlichen Verhältnisses von Staat und Kirche ausführlich bedacht worden ist. Zu unserem Bedauern haben damals die DDR-Mitgliedskirchen der EKU gesagt, da wollen wir nicht mitarbeiten. Aber als wir das Papier dann fertig hatten, da wollten sie es massenweise beziehen. Das sind die Probleme, die in der Tat kritisch, aber auch verständnisvoll benannt werden müssen. Als diese Ausarbeitung über Barmen 5 dann da war, hatte die DDR-Regierung von den DDR-Kirchen verlangt: „Nun macht einmal etwas ähnliches für uns.“

Frau Wisniewski hat die Wendung aus dem Brief an den Staatsratsvorsitzenden „gerechteres Zusammenleben“ angefragt und gefragt, wie das gemeint ist mit dem gerechteren Zusammenleben. Zunächst ist wichtig, daß das ein Komparativ ist, daß schon diese Wendung davon ausgeht, daß wir etwas aufbauen müssen, was besser ist als das, was jetzt besteht. Außerdem sagt die Wendung nicht, daß nur der Sozialismus eine Form gerechteren Zusammenlebens ist. Sie läßt offen – man muß freilich sehr scharf lesen können –, ob es auch andere Formen gerechteren Zusammenlebens gibt. Und daß der Sozialismus eine mögliche Form gerechteren Zusammenlebens ist, seiner Grundintention nach, das zu bestreiten, hieße Ignoranz verraten. Der Sozialismus hat zum Beispiel Anfragen zu stellen an das Bodenrecht, also die Frage, wie man Grund und Boden erwerben soll, um wohnen zu können. Ist das in Ordnung, wie das in unserer Gesellschaft heute läuft, insbesondere in den neuen Bundesländern? Ich füge hinzu: Ich bin kein Sozialist. Ich habe auch, als Freund Gollwitzer die These aufstellte, „ein Christ muß Sozialist sein“, leidenschaftlich protestiert. Das kann man nachlesen. Aber ich werde stets verteidigen, daß ein Christ ein Sozialist sein kann. Er muß es nicht, das wäre Häresie, aber wenn er aus Gründen seiner redlichen Vernunftseinsicht meint, es zu können, dann soll er es in Gottes Namen sein und das Beste daraus zu machen versuchen, so wie jeder andere mit anderen politischen Grundoptionen auch.

Inwieweit konnte die Kirche Einfluß nehmen auf die alternative Jugendweihe – Konfirmation? Sie hat das ja zunächst versucht, indem sie ganz scharf erklärt hat, wer zur Jugendweihe geht, wird nicht konfirmiert. Das ist gescheitert, und dann standen wir vor der Alternative: Sollen wir nun sofort die Kirche reduzieren auf die kleine Schar der Kinder der Pastoren und noch ein paar anderer tapferer Aufrechter? Das wollte man natürlich nicht, und dann kam es zu jenen Kompromissen, die nach meiner Einschätzung auf die kirchenpolitische Selbsteinschätzung der Kirche in der DDR eine enorme Wirkung ausgeübt haben. Die Aporien, die aus den jungen Leuten aufgezwungenen Entscheidungen hervorgingen, hat die Kirche aufzufangen versucht, indem sie immer wieder gefordert hat: Keine Benachteiligung von

Christen in der DDR, laßt sie auch zur Oberschule! Und für die, die das nicht konnten, hat sie dann eigene kirchliche Oberseminare gegründet, wo man das Abitur erwerben konnte. Dergleichen gab es – auch das ist weitgehend unbekannt –, daß die Kirche in dieser Hinsicht eigene Bildungsarbeit geleistet hat.

Herr Hilsberg fragte, ob die Kirche sich über den Schwund ihrer Mitgliedszahlen im klaren war. Ja, Herr Hilsberg, fragen Sie doch einmal Ihren Herrn Vater, der hat Gottesdienste in St. Golgatha gehalten und wird gemerkt haben, wie die Gemeinde klein und kleiner wurde. Die Frage können Sie innerfamiliär beantworten. (Heiterkeit)

Wichtiger ist wohl die Frage nach dem Glaubwürdigkeitsverlust und der Mithaftung der Kirche für den Staat. Angesichts schwindender Mitglie­derzahlen hat sie doch ihren Öffentlichkeitsanspruch weiter aufrechterhalten. Ich würde das nicht kritisch beurteilen. Die Frage ist, wie sie es tut? Aber auch, wenn sie eine Minderheitenkirche ist, wenn sie noch mehr schrumpft, als sie jetzt schon geschrumpft ist, hat sie durch das Evangelium den Auftrag, öffentlich zu reden, publice docere. Dazu gehört, daß man zu den Vorgängen in der Gesellschaft, freilich aus der Sicht des Evangeliums, Stellung nimmt. Die Kirche hat keine Gesetze zu machen. Sie hat aber Zumutungen des Evangeliums an den Gesetzgeber zu formulieren. Die kann sie nur in Form der Bitte vortragen, wie die Autorität der Bitte überhaupt ihre einzige Autorität ist. Das „So bitten wir denn an Christi statt...“ muß alle politische Rede evangelischer Kirche begleiten können.

„Einzig Gegenöffentlichkeit?“ wurde kritisch gefragt. Gab es nicht innerhalb der Kirchen eine zweite Gegenöffentlichkeit? In der Tat, und das habe ich auch gemeint. Die Kirchen haben den institutionellen Rahmen für diese zweite Gegenöffentlichkeit, jedenfalls zunächst, dargestellt. Daß dann diese zweite Gegenöffentlichkeit überhaupt in der Lage war, aus dem schützenden Rahmen der Kirche auszuwandern und sich daneben zu artikulieren, ist doch auch eine Langzeitwirkung der Kirche, und sie blieb auch außerhalb der Kirche zwar nicht unter dem schützenden Dach, aber unter dem schützenden Schatten der Kirche. Interessant wäre gewesen, wenn die DDR weiter existiert hätte, ob sich dann nicht in der Tat weitere völlig eigenständige, vielleicht mehrere Gegenöffentlichkeiten etabliert hätten. Aber ich bin kein Prophet.

Widerspruch zu Hilsberg wurde angemeldet, die Kirche sei doch die einzige Institution gewesen, unter deren Schutz man in die DDR kommen konnte. Es gab noch ein paar andere, die Bach-Gesellschaft zum Beispiel und die Goethe-Gesellschaft, aber die Kirche war schon die prominenteste darunter. (Heiterkeit)

Zur Frage, ob der konziliare Prozeß die Destabilisierung der DDR kräftig mitvorangetrieben hat: Ich vermute, daß es so war. Nach meiner Wahrnehmung würde ich jetzt glatt mit Ja antworten, denn dort wurden in der Tat die Defizite

einigermaßen klar ausgesprochen, die im real existierenden Sozialismus bestanden, übrigens immer mit dem Ziel eines besseren Sozialismus. Ich habe mir diese ganzen Texte angesehen, habe selten einmal, vielleicht war Richard Schröder der einzige, Texte gefunden, wo auch andere politische Modelle bei den Christen der DDR ernsthaft erwogen wurden.

Prof. Fischer fragte, ob die Unterscheidung Dibelius – Hamel wirklich gegolten hat. In Sachsen hätten sie sie kaum wahrgenommen. In Naumburg habe ich sie wahrgenommen. Ich hatte Hamel erlebt. Als Student hat er damals uns gegenüber vor allen Dingen darauf gedrungen, daß wir uns möglichst bald verloben. (Heiterkeit und Beifall) Er war nicht immer erfolgreich. Darüber hinaus hat er dann doch sehr deutlich gemacht, daß seine politische Einstellung sich von der des großen Berliner Bischofs deutlich unterschied. Man muß Dibelius nicht kritisieren, wenn man solche Unterschiede feststellt, man muß zunächst erst einmal nur feststellen: Es gab sie.

Zur Frage, ob die Friedenspfarrer eine konstitutive Bedeutung in der DDR gehabt haben: Nein, sie war eine zu vernachlässigende Größe. Es waren übrigens auch, das muß man leider sagen, nicht nur, aber auch und sehr stark Opportunisten, die sich dort versammelt haben. Aber für die institutionelle Kirche waren sie eine *Quantité négligeable*.

Die theologischen Fakultäten, das ist ein weites Feld. Da ich nie das Privileg hatte, an einer theologischen Fakultät der DDR zu studieren und nur heimlich an einzelnen Seminaren von Rudolf Hermann und von Heinrich Vogel teilgenommen habe, fällt es mir schwer, hier zu urteilen. Das wird dann schnell ausgelegt als Konkurrenz eines immer nur an Kirchlichen Hochschulen – jedenfalls in der DDR – lebenden Menschen gegenüber den Fakultäten. Man muß sich klar darüber sein: Diese Fakultäten waren keine kirchlichen Institutionen. Die Kirche hatte kein Mitspracherecht bei den Berufungen. Deshalb ist es wichtig, daß in den jetzigen Landesverfassungen ein entsprechendes nihil obstat eingebaut wird. Ich habe das immer für richtig gehalten. Die einzige Zugangsweise war die, daß die Leute, die dort studierten, nachher bei der Kirche ein Kolloquium ablegen mußten, bevor sie in den kirchlichen Dienst übernommen wurden. Wenn ich richtig informiert worden bin, ist das in der Humboldt-Universität später nicht mehr nötig gewesen. Ich glaube, Herr Bischof Schönherr hat da irgendeine Sonderregelung eingeführt, so daß auch diese Hürde nicht mehr existierte. Aber für die Berufungspolitik trägt die Kirche keine Verantwortung. Es war rein eine Sache des Staates. Man kann nur sagen, daß es erstaunlich ist, wieviel saubere und redliche theologische Arbeit gleichwohl an den theologischen Fakultäten geleistet wurde. Natürlich gab es dort auch beklemmende Erscheinungen. Die einzelnen Fakultäten waren auch sehr unterschiedlich. Man kann die Hallenser Fakultät nicht mit der Berliner gleichsetzen. Das ist ein weites Feld, das auch sorgfältiger Aufarbeitung bedarf, die zum Teil im Gange ist, die Akten werden

durchforscht. Man lernt natürlich erschreckende Dinge kennen in den Akten, Dinge, die wir freilich zum Teil auch schon wußten: daß Lehrer ihre eigenen Schüler denunziert haben. Das ist leider auch in den theologischen Fakultäten vorgekommen.

Dann wurde nach der „Münchener Tagung“ gefragt und nach der dort behaupteten Sozialismusaffinität des deutschen Protestantismus. Ich habe bei dieser Tagung mitgewirkt. Uns wurde dort einfach historisch mitgeteilt, daß sich schon im vorigen Jahrhundert, nicht gerade bei den institutionellen Kirchen, aber im deutschen Protestantismus insgesamt, eine starke Sozialismusaffinität nachweisen ließe und eine deutliche Kapitalismuskritik. Mich hat das etwas überrascht, weil man ja – das Darmstädter Wort tut das ja auch – davon ausgeht, daß die Kirche eigentlich immer mit den Herrschenden kooperiert hat. Nun, die Sache ist offensichtlich komplizierter. Unter diesem Aspekt rücken auf einmal die römisch-katholische Kirche und die evangelische – wenn es denn stimmt – enger zusammen, denn der letzte, der den Kapitalismus ja noch in aller Schärfe kritisiert, ist der Papst. (Heiterkeit)

Ich erlaube mir im übrigen darauf hinzuweisen, daß der Gegensatz zu „Kirche im Sozialismus“ nicht ist „Kirche im Kapitalismus“. Das hat zum Beispiel an der Humboldt-Universität Hanfried Müller gepredigt. Das ist falsch. Der eigentliche Gegensatz ist der von „Kirche im Sozialismus“ als einer alles gleichschaltenden Staatsform – real existierender Sozialismus – und „Kirche im Pluralismus“. Wir werden sachgerecht die Differenzen überhaupt nur herauskriegen, wenn wir diesen Unterschied beachten.

Herr Gutzeit wollte wissen, ob es in der theologischen Tradition einen Ansatz für eine grundsätzliche Bestimmung des Verhältnisses von Staat und Kirche gibt. Die Reformatoren haben in dieser Hinsicht zweifellos zu wenig getan. In unserem Jahrhundert hat sich aber Karl Barth in sehr grundsätzlicher Weise zur Sache geäußert. Allemal zitierenswert ist sein Satz: Daß man in einer Diktatur in den Himmel kommen und in einer Demokratie zur Hölle fahren kann – das ist wohl wahr, es ist aber gleichwohl nicht so, daß die Kirche eine gleiche Affinität zum Nationalsozialismus, zum Faschismus hat wie zur Demokratie. Hier sind also grundsätzlich Überlegungen angestellt worden über die von der Mitte der Schrift her sich einstellende Einsicht, daß die Kirche zu Pluralismus und Demokratie eine größere Sachaffinität hat als zu diktatorischen Formen. Aber Kirche kann auch unter der Diktatur Kirche sein. Das ist wichtig festzuhalten. Ich habe auf meine Weise versucht, diese Barthschen Gedanken in einigen Publikationen fortzuführen. Es gibt zumindest in unserem Jahrhundert in dieser Hinsicht doch grundsätzliche Besinnungen, wobei Sie zu Recht den Finger darauf gelegt haben, daß die Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft erst im Pluralismus wirklich gedeiht. Das ist ja ein Charakteristikum der kommunistischen Diktaturen, daß sie diesen Unterschied überhaupt nicht

gelten lassen. Und dieser Unterschied ist lebensnotwendig für eine freie Gesellschaft. Was dann aus der Freiheit gemacht wird, ist eine ganz andere Sache.

Dann wurde beanstandet, daß ich gesagt habe, daß einzelne Personen durch den Staatssicherheitsdienst erpreßt wurden, sei ein Vorgang, den nicht die Kirche selbst zu verantworten hat. Natürlich betrifft das auch die Kirche. Nach evangelischem Verständnis ist es ja nicht so, wie Pius XII. das einmal behauptet hat: Wenn einzelne ihrer Glieder sündigen, dann berührt das die mater ecclesia nicht, sie erstrahlt trotzdem in ihren Sakramenten usw. Das ist katholisch; das ist nicht evangelisch. Das berührt uns schon gar sehr. Aber es stimmt nicht, daß das Verhalten der Erpreßten sozusagen als Verhaltensmaßstab durchschimmerte und dadurch pseudomoralische Maßstäbe setzte. Es durfte ja gar nicht durchschimmern. Es mußte ja geheimgehalten werden.

Hatte die evangelische Kirche eine eigene deutschlandpolitische Rolle gespielt? Sie hat, sie hat es zumindest versucht. Otto Dibelius hat das mit großer Leidenschaft getan, Hanns Lilje, der Hannoveraner Landesbischof, auch. Auch Kurt Scharf war in dieser Sache sehr engagiert – jeder wieder anders – und in der Zeit des Kirchenbundes Manfred Stolpe. Man mag gegen ihn und über ihn sagen, was man will. Er hat auf seine Weise leidenschaftlich Deutschlandpolitik im Mantel des Oberkonsistorialrates getrieben. Er hat zum Beispiel in meiner eigenen Wohnung in Tübingen dafür plädiert, daß das Wiedervereinigungsgebot aus der Verfassung gestrichen werden soll, aber mit Begründung. Ich war nicht dafür, aber hören Sie doch auch seine Begründung. Er sagte: „Solange dies da ist, dieses Gebot, hängt das wie ein Damoklesschwert über den östlichen Funktionären.“ Das zu beenden war sein Ziel. Und wir kommen nicht zu einer Konföderation beider deutscher Staaten, weil die sich schon von Anfang an gar nicht darauf einlassen. Dieses Gebot heißt ja für sie selbst: Dann sind wir weg. Nun sind sie auch weg. Es ist ja auch so gekommen, Gott sei Dank. Aber unter den damaligen Auspizien war auch das durchaus ein Denkmodell, zumindest: ob nicht beide deutsche Staaten im Sinne einer Konföderation enger zusammenkommen könnten. Man sollte nicht alles aus der heutigen Perspektive beurteilen. Aber wenn zwei dasselbe tun, sagt schon ein lateinisches Sprichwort, ist es nicht notwendig dasselbe.

Es gab so etwas wie die Versuche einer gesamtdeutschen Politik auch von seiten der Kirche. Sie ist nur im Detail erfolgreich gewesen. Auch da werden die Meinungen sofort auseinandergehen, ob z. B. der Freikauf von Menschen eine erfolgreiche Deutschlandpolitik war. Wenn man die Menschen kennt, die freigekauft wurden, wird man dazu ja sagen. Wenn man nur das Problem sieht und nicht die Menschen, sagt man vielleicht eher nein. Ob solche politischen Optionen eher politisch begründet waren, eher kirchenpolitisch oder eher theologisch, das müssen Sie die Betroffenen selber fragen. Fragen

Sie Pastor Hamel, fragen Sie Bischof Krusche, die ja agiert haben und die aus authentischerem Urteil als ich hier reden können.- Damit habe ich es nun doch geschafft, alle Fragen zu beantworten. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Professor. Nur mit Zagen wage ich es, Ihnen an einer Stelle zu widersprechen und an einer Stelle zu ergänzen. Wenn ich richtig informiert bin, hat es eine solche Schönherrsche Sonderregelung in Berlin nicht gegeben. Das zweite ist, Sie haben, wenn ich mich richtig entsinne, vorhin die Ausbildungsmöglichkeiten aufgeführt, die zum evangelischen Pfarrer führten. Da gab es auch noch zwei theologische Fachschulausbildungsstätten, eine hier in dieser Stadt und eine in Berlin. Als nächstes bitte ich den schon mehrmals genannten jetzigen Pfarrer in Ruhe, den Bruder Hamel, um das Wort. (Beifall)

Pfarrer D. Johannes Hamel: „Evangelische Christenheit unter der marxistisch-leninistischen Diktatur 1945–1989, Bewährung und Versagen“ – ich habe mir gestattet, meinen Titel zu ändern. Ich habe ganz bewußt den Lutherschen Ausdruck „Christenheit“ aufgegriffen. Der Blick soll also nicht gerichtet werden auf die Sprecher der Kirche, die Gremien der Kirche, die Verwaltung der Kirche, sondern auf uns selbst. Wir sind die Kirche, die evangelische Christenheit.

Vor einigen Monaten hielt der bekannte anglikanische Pfarrer Paul Oestreicher einen Vortrag über die Kirche in der DDR und erwähnte für diesen östlichen Teil Deutschlands die Bezeichnung „Gottes geliebte Ostzone“. Eine wohl jüngere Journalistin kommentierte in der Kirchenzeitung, offenbar habe der Redner einen Witz machen wollen. Aber das Wort ist viel älter. Im Januar 1951 erschien im „Schweizer evangelischen Pressedienst“, der in der DDR weit verbreitet war, ein Bericht aus der Ostzone von einem dort nicht genannten Pfarrer. Er habe neulich von einem Theologiestudenten in Basel, der für ein Jahr außerhalb der Ostzone studiere, einen Brief erhalten, in dem er dankbar von jener anderen Welt erzähle, in der er für ein Jahr sorgenfrei leben dürfe. Es sei ihm aber gerade dort aufgegangen, welche Gaben Gott uns in der Ostzone dauernd schenke, und er meine, man solle nicht mehr von „Ostzone“, sondern von „Gottes geliebter Ostzone“ reden. Der Briefschreiber kehrte nach einem Jahr in die DDR zurück, wurde dort Pfarrer, ein fröhlicher Pfarrer, und lebt jetzt als Pensionär in Chemnitz. Aber wie konnte die Sowjetzone, wie der Bonner Kanzler Ostdeutschland bis in die sechziger Jahre zu bezeichnen pflegte, von jenem Studenten „Gottes geliebte Ostzone“ genannt werden? Sie war ein Staat, in dem jedermann rund um die Uhr Menschen begegnete, begegnen mußte, die in irgendeiner Form offene, mitunter verdeckte Repräsentanten der Machthaber waren, sein wollten oder sein mußten. Jedermann hatte es, wenn auch indirekt, täglich, laufend mit dem Politbüro und der von ihm eingesetzten, geleiteten und kontrollierten